

Deutschland-Schlitz: Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

OJ S 62/2023 28/03/2023

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Burgenstadt Schlitz

Postanschrift: An der Kirche 4

Ort: Schlitz

NUTS-Code: DE725 Vogelsbergkreis

Postleitzahl: 36110

Land: Deutschland

E-Mail: frank.jahn@stadtwerke-schlitz.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: www.schlitz.de

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten

Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.had.de/NetServer>

[/TenderingProcedureDetails?function=_Details&TenderOID=54321-Tender-186eafd24f0-66ca005509978e3f](https://www.had.de/TenderingProcedureDetails?function=_Details&TenderOID=54321-Tender-186eafd24f0-66ca005509978e3f)

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: www.had.de

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:

Offizielle Bezeichnung: Ax Projects GmbH

Postanschrift: Uferstraße 16

Ort: Neckargemünd

NUTS-Code: DE128 Rhein-Neckar-Kreis

Postleitzahl: 69151

Land: Deutschland

E-Mail: info@ax-projects.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: www.ax-projects.de

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Totalunternehmerleistungen für den Neubau einer Klärschlammmonoverbrennungsanlage als Drehrohrofen zu einem gezielten Phosphorrecycling
Referenznummer der Bekanntmachung: AP 117-22

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Totalunternehmerleistungen für den Neubau einer Klärschlammmonoverbrennungsanlage als Drehrohrofen zu einem gezielten Phosphorrecycling

Die anzubietende Technologie der Klärschlammbehandlung mit Trocknung, Verbrennung und Phosphor-rückgewinnung soll für eine Auslegungsgröße (max. Klärschlammmenge) von 6.000 t OS/a konzipiert werden.

Erstellung kompletter Planungsunterlagen inkl. Entwurfsplanung, Genehmigungsplanung nach BImSchG, Ausführungsplanung.

Die Anlage soll entwässerte Klärschlämme mit 22 - 28 % TR und 55 - 65 % oTR verarbeiten können.

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

Wert ohne MwSt.: 5 400 000,00 EUR

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

45200000 Komplett- oder Teilbauleistungen im Hochbau sowie Tiefbauarbeiten, 45220000 Ingenieur- und Hochbauarbeiten, 45252300 Bau von Müllverbrennungsanlagen, 45252000 Bauarbeiten für Klär-, Reinigungs- und Müllverbrennungsanlagen

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE725 Vogelsbergkreis

Hauptort der Ausführung: Lindenstr. 57, 36110 Schlitz

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Totalunternehmerleistungen für den Neubau einer Klärschlammmonoverbrennungsanlage als Drehrohrofen zu einem gezielten Phosphorrecycling

II.2.5. Zuschlagskriterien

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Laufzeit in Monaten: 72

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9.

Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Anzahl der Bewerber: 3

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Vom Bewerber - bei Bewerbergemeinschaften von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft gesondert - sind mit dem Teilnahmeantrag zwingend folgende Erklärungen und Nachweise vorzulegen:

1. Angaben zum Unternehmen (Name, Rechtsform, Anschrift) und - im Falle der Bewerbergemeinschaft - Erklärung zur Vertretungsberechtigung für die Bewerbergemeinschaft und zur gesamtschuldnerischen Haftung im Original;
2. Kopie der Anmeldungs- bzw. Eintragungsbescheinigung ins Berufs oder Handelsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Heimatlandes; andernfalls vergleichbarer Nachweis für die Existenz und den Gegenstand des Unternehmens des Bewerbers. Der Auszug aus dem Handelsregister/vergleichbarer Nachweis - darf zum Zeitpunkt des Schlusstermins für den Eingang der Teilnahmeanträge nicht älter als 6 Monate sein;
3. Bestätigung durch Eigenerklärung der Verwendung der deutschen Sprache in Verhandlungen, Vertrag und während der Abwicklung sowie der gesamten Anlagendokumentation;
4. Eigenerklärung, dass die in §§ 123, 124 GWB und § 19 Abs. 3 MiLoG genannten Ausschlusskriterien nicht vorliegen,
5. Verpflichtungserklärungen der Nachunternehmer und ggf. deren Nachunternehmern, soweit sich ein Bewerber oder ein Mitglied einer Bewerbergemeinschaft auf die Fachkunde oder Leistungsfähigkeit von Nachunternehmern beruft, im Original.

Die Nachunternehmer müssen sich entsprechend der vorgenannten Ziffern 1., 3. und 4. auch zu ihrer persönlichen Lage erklären. Die Einreichung muss im Übrigen spätestens bis zu dem Zeitpunkt erfolgt sein, in welchem die Vergabestelle ihre geplante Zuschlagserteilung treffen möchte (mit Einreichungspflicht mit Abgabe des verbindlichen Angebots).

Werden die vorstehend unter Ziffern 1. bis 5. geforderten Erklärungen und Nachweise mit Einreichung des Teilnahmeantrags nicht erbracht, so führt dies zum Ausschluss vom Verfahren.

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Vom Bewerber/von der Bewerbergemeinschaft sind mit dem Teilnahmeantrag zwingend folgende Nachweise und Erklärungen zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit vorzulegen:

1. Erklärung über den jährlichen Umsatz (netto) des Bewerbers / der Mitglieder der Bewerbergemeinschaft mit Klärschlammverbrennungsanlagenbauleistungen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, aufgeteilt nach
 - Umsatz gesamt
 - Umsatz anteilig, der sich auf mit dem Auftragsgegenstand vergleichbare Projekte bezieht (vergleichbare Leistungen sind Klärschlammverbrennungsanlagenbauleistungen in Bezug auf den Neubau von Klärschlammmonoverbrennungsanlagen, Phosphorrecycling, vergleichbare Anlagen).
2. Berufshaftpflichtversicherung / Betriebs-, Produkt- und Umwelthaftpflichtversicherung des Bewerbers/der Bewerbergemeinschaft mit Nachweis folgender Deckungssummen:
 - für Personen-, Sach- und Vermögensfolgeschäden 7,5 Mio. EUR
 - für Vermögensschäden (inkl. Planungshaftpflichtleistung) 3,0 Mio. EUR
 - für Umweltschäden nach dem Umwelthaftungs- und Umweltschadensgesetz 3,0 Mio. EUR
 - oder Beibringung einer schriftlichen Erklärung der Haftpflichtversicherung des Bewerbers / der Bewerbergemeinschaft, dass im Auftragsfall entsprechende Versicherungen abgeschlossen werden.

Soweit sich der Bewerber / die Bewerbergemeinschaft für die Berechnung der Umsatzhöhe auf den Umsatz eines Nachunternehmers beruft, wird dieser nur gewertet, wenn der Nachunternehmer eine Verpflichtungserklärung abgibt.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

zu 1. mindestens ein durchschnittlicher Umsatz oder Auftragsbestand gesamt von 10,0 Mio. EUR pro Jahr in den letzten drei Geschäftsjahren; mindestens ein durchschnittlicher Umsatz oder Auftragsbestand anteilig, der sich auf mit dem Auftragsgegenstand vergleichbare Projekte bezieht (vergleichbare Leistungen sind

Klärschlammverbrennungsanlagenbauleistungen in Bezug auf den Neubau von Klärschlammmonoverbrennungsanlagen, Phosphorrecycling, vergleichbare Anlagen) von 5,0 Mio. EUR pro Jahr in den letzten drei Geschäftsjahren;

zu 2. mindestens die geforderten Deckungssummen

Werden die vorstehend unter Ziffern 1. bis 2. geforderten Erklärungen und Nachweise mit Einreichung des Teilnahmeantrags nicht erbracht, so führt dies zum Ausschluss vom Verfahren.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Vom Bewerber/von den Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft sind mit dem Teilnahmeantrag folgende Nachweise und Erklärungen zur technischen Leistungsfähigkeit vorzulegen:

1. Vorlage von mindestens einer ausführlichen Referenz über mit dem Auftragsgegenstand vergleichbare Projekte (vergleichbare Leistungen sind Klärschlammverbrennungsanlagenbauleistungen in Bezug auf den Neubau von Klärschlammmonoverbrennungsanlagen, Phosphorrecycling, vergleichbare Anlagen) aus den Jahren 2010 - 2022 des Bewerbers / der Bewerbergemeinschaft, sowie Vorlage von

mindestens einer ausführlichen Referenz über ein vergleichbares Projekt im Zusammenhang mit dem Einsatz eines Drehrohrofens zur Klärschlammmonoverbrennung ggf.

Phosphorrecycling oder vergleichbar aus den

Jahren 2010 - 2022 des Bewerbers / der Bewerbergemeinschaft.

Berücksichtigt werden nur Referenzen, die folgende Angaben beinhalten:

- Bezeichnung der Maßnahme
- Funktion des Referenzinhabers (nur Projektleiter oder stellvertretender Projektleiter zulässig);
- Art der betreuten Baumaßnahme (nur Generalunternehmerleistungen zulässig);
- Angaben zur Vergleichbarkeit der Referenz:
 - Angabe, zu Brennstoff, thermischer Leistung, Mülldurchsatz, Klärschlammthroughput, Abgasvolumenstrom, Aschequalität des Drehrohrofens und ggf. Phosphorrecycling durch Aufmahlen und Granulieren
 - Angabe, zu dem Umfang der erbrachten Leistungen;
 - Höhe der Gesamtbaukosten;
 - Leistungszeitraum insgesamt;
- Angabe des ursprünglich veranschlagten Kostenrahmens und Erklärung, ob dieser eingehalten oder inwieweit er überschritten wurde;
- Leistungszeitraum insgesamt;
- Bezeichnung des Auftraggebers (öffentliche Hand bzw. öffentlich finanziert Auftraggeber);
- Ansprechpartner beim Auftraggeber (Name, Anschrift, E-Mail-Adresse, Telefonnummer);
- Referenzschreiben des Auftraggebers (soweit vorhanden);

Mindestanforderung ist Vorlage von

- eine ausführliche Referenz über mit dem Auftragsgegenstand vergleichbare Projekte (vergleichbare

Leistungen sind Klärschlammverbrennungsanlagenbauleistungen in Bezug auf den Neubau von Klärschlammmonoverbrennungsanlagen, Phosphorrecycling, vergleichbare Anlagen) aus den Jahren 2010 - 2022 des

Bewerbers / der Bewerbergemeinschaft, sowie Vorlage von mindestens einer ausführlichen Referenz über ein vergleichbares Projekt im Zusammenhang mit dem Einsatz eines Drehrohrofens zur Klärschlammmonoverbrennung ggf. Phosphorrecycling oder vergleichbar aus den Jahren 2010 - 2022 des Bewerbers / der

Bewerbergemeinschaft.

- eines Nachweises über Erfahrungen mit nationalen Genehmigungsbehörden
- Soweit sich der Bewerber / die Bewerbergemeinschaft zum Nachweis der Eignung auf Referenzen eines Nachunternehmers beruft, werden diese Referenzen des Nachunternehmers nur gewertet, wenn der Nachunternehmer eine Verpflichtungserklärung abgibt.

Werden die vorstehenden Referenzen bzw. Angaben bis zur Einreichung des Teilnahmeantrags nicht erbracht, so führt dies zum Ausschluss vom Verfahren.

Werden die vorstehenden Angaben bis zur Einreichung des Teilnahmeantrags nicht erbracht, so führt dies zum Ausschluss vom Verfahren. Der Auftraggeber behält sich dabei vor, die Bewerber unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung aufzufordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise, nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren.

2. Angabe der durchschnittlichen personellen Ausstattung in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren unter Angabe der Ausbildung, Fachrichtung und Bürozugehörigkeit der Beschäftigten. Teilzeitbeschäftigte sind entsprechend nur anteilig zu berücksichtigen. Die Übersicht ist aufzuteilen nach

- unter Vertrag stehende Ingenieure und Techniker nach Gewerken (je Geschäftsjahr) mit einer abgeschlossenen Hochschul- oder Fachhochschulausbildung,
- sonstige fest angestellte fachlich qualifizierte Mitarbeiter differenziert nach:
 - Projektmanagement
 - Bautechnik
 - Maschinen- und Verfahrenstechnik
 - Elektrotechnik
 - MSR- und Leittechnik
 - Technische Gebäudeausrüstung
 - Qualitätsmanagement
 - Dokumentation, Technischer Zeichner.
- eingekaufte Freiberufler ebenfalls aufgeteilt nach der o.g. Differenzierung.

Als Mindestanforderung ist eine durchschnittliche jährliche personelle Ausstattung von mindestens 3

Ingenieuren mit erforderlich. Kann dies nicht nachgewiesen werden, so führt dies zum Ausschluss vom Verfahren.

Soweit sich der Bewerber / die Bewerbergemeinschaft für die Berechnung der Mitarbeiterzahlen auf Mitarbeiter eines Nachunternehmers beruft, werden diese nur gewertet, wenn der Nachunternehmer eine Verpflichtungserklärung abgibt.

Werden die vorstehenden Angaben bis zur Einreichung des Teilnahmeantrags nicht erbracht, so führt dies zum Ausschluss vom Verfahren. Der Auftraggeber behält sich dabei vor, die Bewerber unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung aufzufordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise, nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren.

3. Angaben über die vorgesehene technische Leitung:

Der Bewerber hat den vorgesehenen Projektleiter und einen stellvertretenden Projektleiter zu benennen.

Aufgeteilt nach Projektleiter und stellvertretender Projektleiter sind für beide folgende Angaben zu machen:

- Name
- Berufliche Qualifikation nebst Nachweis (Kopie genügt)
- Anzahl der Berufsjahre insgesamt. Dabei gelten folgende Mindestanforderungen:
 - Projektleiter: 10 Jahre Berufserfahrung;
 - Stellvertretender Projektleiter: 10 Jahre Berufserfahrung.
- Beherrschung der deutschen Sprache fließend in Wort und Schrift für den Projektleiter und den stv. Projektleiter
- Werden diese Mindestanforderungen nicht erfüllt, so führt dies zum Ausschluss vom Verfahren.
- Vorlage ausführlicher Referenzen über abgeschlossene mit dem Auftragsgegenstand vergleichbare Projekte (vergleichbare Leistungen sind Klärschlammverbrennungsanlagenbauleistungen in Bezug auf den Neubau von Klärschlammmonoverbrennungsanlagen, Phosphorrecycling, vergleichbare Anlagen) aus den Jahren 2010 - 2022, die der vorgesehene Projektleiter bzw. der Stellvertreter des Projektleiters in der Funktion eines Projektleiters oder stellvertretenden Projektleiters in den Jahren 2010 bis 2022 betreut haben; es werden höchstens fünf Referenzen bewertet.

Bei den Referenzen sind jeweils Angaben entsprechende den Vorgaben der Ziff. III.1.3) Punkt 1 zu machen.

Soweit sich der Bewerber / die Bewerbergemeinschaft für die benannte Projektleitung bzw. stellvertretende Projektleitung auf Personal eines Nachunternehmers beruft, wird dies nur gewertet, wenn der Nachunternehmer eine Verpflichtungserklärung abgibt.

Werden die vorstehenden Angaben bis zur Einreichung des Teilnahmeantrags nicht erbracht, so führt dies zum Ausschluss vom Verfahren. Der Auftraggeber behält sich dabei vor, die Bewerber unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung aufzufordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise, nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren.

4. Nachweis über ein Qualitätssicherungssystem, Zertifizierung nach DIN ISO 9001ff oder vergleichbares Verfahren;

Werden die vorstehenden Angaben bis zur Einreichung des Teilnahmeantrags nicht erbracht, so führt dies zum Ausschluss vom Verfahren.

Der Auftraggeber behält sich dabei vor, die Bewerber unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung aufzufordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte Unterlagen, insbesondere

Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise, nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren.

6. Bedingungen für die Auftragsausführung

Bewerber haben zu gewährleisten, dass bei der Ausführung des Auftrags alle für sie geltenden rechtlichen Verpflichtungen eingehalten werden (§ 128 Abs. 1 GWB).

Mit dem Teilnahmeantrag ist darüber hinaus nachzuweisen, dass der Bewerber oder ein für die Auftragsausführung vorgesehenes Drittunternehmen nicht wegen eines Verstoßes nach § 21 MiLoG mit einer Geldbuße von wenigstens zweitausendfünfhundert Euro belegt worden sind. Im Fall der Bewerbung einer Bietergemeinschaft ist der Nachweis für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft einzureichen.

Sind Drittunternehmen als Unterauftragnehmer und/oder eignungsverleihende Unternehmen vorgesehen, ist für die betreffenden Unternehmen jeweils der Nachweis einzureichen.

Vor dem Hintergrund eines geltenden Zuschlagsverbotes in Vergabeverfahren für Bieter mit (unmittelbarem oder mittelbarem) Russlandbezug ist mit dem Teilnahmeantrag von jedem Bewerber/Mitglied einer Bewerbergemeinschaft zudem eine Erklärung abzugeben, dass kein entsprechender Bezug besteht.

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Wettbewerblicher Dialog

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 17/04/2023 Ortszeit: 12:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können
Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots
Das Angebot muss gültig bleiben bis: 31/08/2023

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium
Darmstadt

Postanschrift: Dienstgebäude: Wilhelminenstraße 1-3; Fristenbriefkasten: Luisenplatz 2

Ort: Darmstadt

Postleitzahl: 64283

Land: Deutschland

Fax: +49 6151125816 / +49 6151126834

VI.4.2. Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium
Darmstadt

Postanschrift: Dienstgebäude: Wilhelminenstraße 1-3; Fristenbriefkasten: Luisenplatz 2

Ort: Darmstadt

Postleitzahl: 64283

Land: Deutschland

Fax: +49 6151125816 / +49 6151126834

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Ergeht eine Mitteilung des Auftraggebers, der Rüge nicht abhelfen zu wollen, kann der Bieter wegen Nichtbeachtung der Vergabevorschriften ein Nachprüfungsverfahren nur innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang vor der Vergabekammer beantragen. Nach Ablauf der Frist ist der Antrag unzulässig. (§ 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB)

VI.4.4. Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium
Darmstadt

Postanschrift: Dienstgebäude: Wilhelminenstraße 1-3; Fristenbriefkasten: Luisenplatz 2

Ort: Darmstadt

Postleitzahl: 64283

Land: Deutschland

Fax: +49 6151125816 / +49 6151126834

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

23/03/2023